

Pressestelle

Claudia Beck

Fraktionsgeschäftsführerin
Pressesprecherin
Franz-Josef-Röder Str. 7
66119 Saarbrücken
Telefon: 0681/5002 509
Mobil: 0171/47 57 934
c.beck@landtag-saar.de

Grüne: bessere Bildung durch Ganztagschulen statt Chipkarten

Die aktuellen Pläne von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen zur Einführung so genannter „Bildungs-Chipkarten“ ab dem Jahr 2011 für Kinder, deren Eltern Hartz-IV-Leistungen beziehen, stoßen bei der Grünen-Landtagsfraktion auf Kritik. Anlässlich der Diskussion um die Neuberechnung der Hartz-IV-Sätze erklärt die bildungspolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion, Claudia Willger-Lambert:

„Es ist unbestritten wichtig, Kindern aus sozial schwächeren Familien neue Möglichkeiten zu eröffnen, um ihre Bildungschancen zu verbessern. Dieses Ziel mit einer Chipkarte zu erreichen, ist jedoch keine überzeugende Lösung. Denn Eltern im Hartz-IV-Bezug brauchen nicht mittelfristig Chipkarten, sondern schnellstmöglich einen Arbeitsplatz. Und genau dafür muss das Jobcenter arbeiten. Dort angesiedelte Familienlotsen, die den Eltern erklären, wie sie ihre Kinder zu erziehen haben, braucht es dafür nämlich nicht. Stattdessen sollten vielmehr die vorhandenen Gemeinwesenprojekte vor Ort und insbesondere Kinderarmutsprojekte mit ihren präventiven Ansätzen unterstützt werden.“

Der bürokratische Aufwand, den die Chipkarte verursacht, sei nicht zu unterschätzen. Die notwendigen Lesegeräte müssten erst erworben und gewartet werden. Durch den anfallenden bürokratischen Aufwand entstünden zusätzliche Kosten für ohnehin schon überschuldete Kommunen. Außerdem müsste ein entsprechendes Angebot – wie die für Kinder aus sozial schwachen Familien geförderten Freizeitaktivitäten - tatsächlich vorhanden sein, das sei jedoch nicht über-all der Fall. Zahlreiche Schwimmbäder und kommunale Einrichtungen werden geschlossen, weil Städte und Gemeinden sie nicht mehr unterhalten können.

Außerdem sei das geplante Verfahren nicht bis zum 31.12.2010 umsetzbar. Genau das sei aber der Stichtag, den das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zu den Hartz-IV-Regelsätzen vorgegeben habe. Und das wisse aber auch die Arbeitsministerin. Ihre Pläne stellten deshalb nicht mehr als eine Luftnummer dar. Um die Bildungschancen von Kindern aus sozial schwachen Familien wirklich zu fördern, müsste am Ausbau der Infrastruktur gearbeitet werden, um attraktive Angebote schaffen. Alleinerziehende, die besonders häufig von Armut betroffen sind, sollten zukünftig in die Lage versetzt werden, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und für ihre Kinder sorgen zu können. Dies erfordere gut ausgestattete Kindertagesstätten und Ganztags-schulen für alle.

Willger-Lambert abschließend: „Kinder aus sozial schwachen Familien müssen endlich die Chance auf gleiche Bildungschancen bekommen. Engagierte SozialpädagogInnen, ErzieherIn-nen und LehrerInnen mit Migrationshintergrund sind dabei wirksamer als eine Lösung per Chip-karte.“